

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/99

Bonn, den 18. Mai 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 90

Worauf wartet man eigentlich noch ?

Besseraufnahme der Möglichkeiten unserer Außen- und
Deutschlandpolitik dringender denn je

2 - 3 104

Wenn endlich volle Gleichstellung ?

Ungerechte Überbleibsel aus der Besatzungszeit

Von Dr. Adolf Müller-Kasert, NdB

4 - 5 73

Gäste der SED

Zum Besuch des Generalsekretärs
der Sozialdemokratischen Partei Italiens in Bonn und Berlin

SEIDENBESTICHTUNG UND KAMMLEDERERE bringt heute:

Konsequent und kraftvoll
Unser Mitspracherecht in der Deutschlandfrage
Großadresse an den Bund der Vertriebenen
SAKSCH und REHS wiedergewählt
SNB distanziert sich von Provokateuren
Währungsausgleich vom Bundesrat verabschiedet

* * *

II 95

Worauf wartet man eigentlich noch?Bestandsaufnahme der Möglichkeiten unserer Außen- und
Deutschlandpolitik bringender denn je

G.M. - Die kurze außenpolitische Bundestagsdebatte aus Anlaß der zweiten Lesung des Bundeshaushalts hat gezeigt, daß es in wichtigen Fragen zwischen Regierungsparteien und Opposition sowie zwischen Parlament und Regierung zur Zeit verhältnismäßig wenige Reibungsflächen gibt; jedenfalls was den äußeren Rahmen des Gesamtkomplexes Außen- und Deutschlandpolitik betrifft. Gewiß, es gab die bedauernde Feststellung, daß sich der Richtlinien der Politik vermeintlich bestimmende Bundeskanzler schwammig wie üblich über schwierige Probleme hinweggedrückt, man spüre die kaum verdeckte Kritik des zur Zeit antretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Franz Josef Strauß, an Außenminister Schröder; man fand sich aber in der gemeinsamen Feststellung, daß die Konfrontation des freien Teiles Deutschlands mit den Nachbarn Mitteldeutschlands möglich gemacht werden müsse.

Das alles deutet an, wie gering der Spielraum unserer Außen- und Deutschlandpolitik ist, es läßt aber auch verständlich werden, warum der Bürger beim Lesen seiner Tageszeitung häufig genug durch Äußerungen einzelner Politiker erschreckt wird, die wenig von der im Parlament beschlossenen Grundsatzvereinbarung erkennen lassen.

Dieser Umstand läßt die Frage immer drängender werden, warum nicht die Regierung und die sie tragenden Parteien nicht endlich zu einer tatsächlichen Bestandsaufnahme der Möglichkeiten unserer Außen- und Deutschlandpolitik bereitfinden. Es sind jetzt gerade sechs Jahre vergangen, seitdem der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner im Bundestag zum erstenmal eine solche Bestandsaufnahme gefordert hat. Nach der Errichtung der Berliner Mauer am 13. August 1961 wurde diese Forderung der Opposition wiederholt. Auch später erfolgten mehrere Aufforderungen zu einer Bestandsaufnahme. Aber eigentlich erst, nachdem sichtbar wurde, daß de Gaulles Politik zur Auflösung des westlichen Bündnisses führen konnte, wurden praktische Schritte zur Ausarbeitung einer Politik eingeleitet, auf die sich die Bundesregierung - ganz gleich, wie sie zusammengesetzt ist - für absehbare Zeit stützen könnte. Es haben in der Zwischenzeit einige Gespräche zwischen Regierung und Parteien stattgefunden und wenn man sich nach diesen Gesprächen auch gegenseitig versichert, in Grundsatzfragen sei man sich einig, so ist bisher jedoch das notwendige und für längere Zeiträume notwendige Konzept der Begegnung der mannigfaltigen Veränderungen in der Weltpolitik nicht zustande gekommen.

Das weitere Drängen der Sozialdemokratie auf eine ehrliche Bestandsaufnahme und auf die Entwicklung einer wirkungsvollen und vom großen Parlament getragenen Außen- und Deutschlandpolitik hat nicht das geringste mit jener billigen Schwächung zu tun, die SPD wolle sie ihr zur Zeit obliegende Rolle einer Oppositionspartei im Bundestag nicht spielen. Wie die Debatte am Dienstag gezeigt hat, gibt es genügend sachliche Meinungsverschiedenheiten, die gerade im Interesse der Klärung unserer nationalen Probleme offen und auch scharf ausgetragen werden müssen. Es wäre aber den Regierungsparteien und der Regierung zu empfehlen, daß sie möglichst bald in ihren eigenen Reihen eine Begründung der sehr unterschiedlichen Standpunkte herbeiführt, um dann jene Aufgaben erfüllen zu können, die alle Parteien im freien Teil Deutschlands gegeben sind.

Wann endlich volle Gleichstellung?

Ungereimte Überbleibsel aus der Besatzungszeit

Von Dr. Adolf Müller-Ekmert, MdB

Etwa 170 000 deutsche Arbeitnehmer verrichten bei den in der Bundesrepublik stationierten Streitkräften unserer NATO-Partner als zivile Arbeitskräfte ihren Dienst. Allein 25 000 arbeiten in Rheinland-Pfalz. Es bestand in letzter Zeit wiederholt Veranlassung, die Frage der Rechtsstellung und der sozialen Sicherheit dieser Bürger zu diskutieren. Über einige Besonderheiten ihres Arbeitsverhältnisses gibt es schon seit mehreren Jahren Unzufriedenheit, die zu vielen Protestversammlungen und zahlreichen Eingaben an Bundes- und Landesministerien geführt hat. Es ist ein gutes Zeichen für unsere noch junge Demokratie, daß die betroffenen Bürger sich wehren, offen, korrekt und sachlich ihre Meinung sagen und nicht nur höchste Behörden mit ihren Problemen beschäftigen, sondern auch von den Bundestagsabgeordneten ihres Bereiches mit Nachdruck Unterstützung begehren.

Um was geht es?

In Artikel 56 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut haben einige ungereimte Überbleibsel aus der Besatzungszeit ihren in die heutige Zeit nicht mehr passenden Niederschlag gefunden. Obwohl bei den NATO-Verträgen der Grundsatz gilt, daß für die bei den Stationierungsstreitkräften beschäftigten Arbeitnehmer das Arbeitsrecht desjenigen Landes angewendet wird, in dem die Arbeitnehmer ihren Dienst verrichten, hat die Bundesregierung ein Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut akzeptiert, in dem entgegen dem angeführten Grundsatz das deutsche Arbeitsrecht für die in der Bundesrepublik bei den alliierten Streitkräften Beschäftigten stark eingeschränkt wird. In Artikel 56 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut und den Unterzeichnungsprotokollen sind folgende einschneidende Beschränkungen festgelegt:

1. Ein Recht auf tatsächliche Beschäftigung steht den zivilen Arbeitskräften, unbeschadet ihres Anspruches auf Entlohnung, nicht zu.
2. Die Tätigkeit der zivilen Arbeitskräfte bei einer Truppe und einem zivilen Gefolge gilt nicht als Tätigkeit im deutschen öffentlichen Dienst.
3. Stellt ein deutsches Gericht für Arbeitssachen fest, daß das Arbeitsverhältnis durch eine Kündigung nicht aufgelöst ist, so hat es von Amts wegen eine Abfindung für den Fall festzusetzen, daß die Weiterbeschäftigung durch die Alliierten abgelehnt wird. Mit der Ablehnung der Weiterbeschäftigung gilt das Arbeitsverhältnis als aufgelöst.
4. Die Bildung von Gesamtbetriebsräten unterbleibt. Als Stufenvertretung werden nur Bezirksbetriebsvertretungen bei den Mittelbehörden gebildet.
5. Die Vorschriften des Gesetzes hinsichtlich der Gründe für die Verweigerung der Zustimmung zur Höhergruppierung, Rückgruppierung und Versetzung finden keine Anwendung.

Dieser Verzicht der Bundesregierung auf Souveränität und auf Rechte der Bürger hat den Bundestag sehr oft beschäftigt. Als das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut im Mai 1961 vom Bundestag verabschiedet wurde, wurde vom Bundestag zugleich eine EntschlieÙung angenommen, in der die Bundesregierung ersucht wurde, so bald wie möglich auf eine weitere Annäherung des arbeitsrechtlichen Status der Arbeitnehmer bei den alliierten Streitkräften an das deutsche Arbeitsrecht hinzuwirken. Diese EntschlieÙung, die auf einen Antrag der SPD-Fraktion zurückgeht, konnte allerdings erst ab 1. Juli 1963 Bedeutung erlangen, da das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut gemäß den getroffenen Vereinbarungen erst mit seiner Ratifizierung durch alle Vertragsstaaten in Kraft treten konnte. Da aber Belgien als letzter Vertragsstaat erst im Juli 1963 das Zusatzabkommen durch sein Parlament akzeptierte, trat eine unangenehme Verzögerung von zwei Jahren ein.

Im letzten Bundestag haben Bundestagsabgeordnete der SPD wiederholt und nachdrücklich auf eine Abänderung des NATO-Truppenstatutes und seiner Zusatzvereinbarungen gedrängt, währenddem die Abgeordneten der anderen Fraktionen mit Initiativen in keiner Weise in Erscheinung getreten sind. Ein entsprechender Antrag der SPD-Fraktion vom 13. 1. 1965 wurde dann schließlich am 23. 6. 1965 - im Vorfeld der Bundestagswahlen - einstimmig vom Bundestag angenommen. Dieser Beschluß des Bundestages ist die Grundlage für die hoffentlich bald beginnenden ernsthaften Verhandlungen der Bundesregierung mit den Entsendestaaten. Gestützt auf diesen Beschluß haben die Bundestagsabgeordneten der SPD gleich nach den Bundestagswahlen die Bundesregierung neuerdings gedrängt, endlich mit den Revisionsverhandlungen zu beginnen. Inzwischen scheint sich im Bundestag die Einsicht in dieses schwierige Problem zu verbreiten. Nun beginnen nämlich auch Bundestagsabgeordnete der CDU die Bundesregierung und insbesondere das auswärtige Amt zu bedrängen. Ein jeder, der an der baldigen Lösung dieses Problems interessiert ist, wird sich darüber freuen, daß nunmehr die Front der SPD-Abgeordneten diese willkommene Verstärkung erfahren hat.

Die Vorverhandlungen mit den sechs Entsendestaaten sollen im Mai 1966 beginnen. Die eigentlichen Revisionsverhandlungen werden aber voraussichtlich erst im Juli 1966 ihren Anfang nehmen. Hoffentlich wird es nach allen bisherigen Erfahrungen nicht ein weiter Weg sein, bis die Arbeitsverhältnisse bei den alliierten Streitkräften künftig in vollem Umfang den Vorschriften des deutschen Arbeitsrechtes unterliegen. Es liegt im ureigensten Interesse der alliierten Streitkräfte, mit einer baldigen befriedigenden Revision einverstanden zu sein. Wenn sie nämlich nicht ständig und ernsthaft für annäherbare Arbeitsbedingungen, für rechtliche Gleichstellung und soziale Sicherheit sorgen, dann beschwören sie bei der heutigen Arbeitsmarktlage die akute Gefahr herauf, daß ihre Arbeitnehmer, insbesondere die Pack- und Spezialkräfte, abwandern.

Die Probleme der Gleichstellung und der sozialen Sicherheit können - darüber müssen wir uns im klaren sein - nur mit dem guten Willen der Entsendestaaten erreicht werden. Dies ergibt sich daraus, daß ein völkerrechtlicher Vertrag nur mit Zustimmung aller vertragsschließenden Teile geändert werden kann. Der Bundestag hat andererseits die Pflicht, immer wieder zu drängen, dadurch der Bundesregierung Rückhalt bei ihren Verhandlungen zu geben und damit zugleich den Entsendestaaten die Dringlichkeit des Anliegens ständig zu verdeutlichen. Der Bundestag braucht in dieser Frage Geschlossenheit und Gemeinsamkeit. Die SPD-Fraktion ist für jede ihrem Anliegen gewährte Schützenhilfe dankbar. Verzerrte und unrichtige Pressebildungen, von Kreisen stammend, die in ihrer Sucht nach "publicity" nicht davor zurückschrecken, da orten zu wollen, wo andere gesät haben, sind bedauerliche Auswüchse eines Kampfes um das Recht, die wir wegen ihrer Durchsichtigkeit gelassen hinnehmen sollten.

Gäste der SPD

Zum Besuch des Generalsekretärs
der Sozialdemokratischen Partei Italiens in Bonn und Berlin

akb - Auf Einladung des Vorsitzenden der SPD kommen vom 19. bis zum 24. Mai 1966 der Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Italiens (PSDI) Dr. Mario Tanassi und sein Stellvertreter Dr. Antonio Cariglia nach Bonn und Berlin. Sie werden vom Leiter des internationalen Büros der PSDI Dr. Giovanni Baldari begleitet.

Dieser Besuch war längst fällig, die Einladung wurde schon im Frühsommer 1965 in Rom ausgesprochen und beim Parteitag der PSDI im Sommer wiederholt, aber die politischen Umstände erzwangen den Aufschub. Die SPD stand vor der Bundestagswahl und die PSDI sah damals schon das Problem der sozialistischen Einheit, d.h. die Wiedervereinigung der beiden seit 1947 getrennten sozialistischen Parteien PSDI (Saragat-Sozialisten) und PSI (Nenni-Sozialisten) mit bisher nicht gezeigter Vehemenz auf sich zu kommen.

Seit dem Bestehen der Koalition der Linken Mitte in Italien ist diese sozialistische Einheit zu einem der wichtigsten innerpolitischen Probleme Italiens geworden, weil ihr Zustandekommen den Weg zu längst überfälligen Verwaltungs- und Strukturformen frei machen wird.

Schauen wir nochmals zurück: Am 10. Januar 1947 verließen Giuseppe Saragat, heute Staatspräsident Italiens, und seine Freunde, darunter 28 Abgeordnete und Senatoren der PSIUP (Sozialistische Partei der proletarischen Einheit, so hieß damals die sozialistische Partei Italiens) die Partei und gründeten eine eigene Partei, die PSMI (Sozialistische Arbeiterpartei Italiens), aus der wenig später die heutige PSDI (Sozialdemokratische Partei Italiens) wurde. Bei dieser Spaltung ging es darum, ob die seit der Widerstandszeit bestehende Aktionsgemeinschaft der Sozialisten mit den Kommunisten unter den neuen Umständen der italienischen Republik in der bisherigen Weise weitergeführt werden sollte oder nicht. Saragat vertrat - damals Führer der Minderheit in der Partei - ganz eindeutig die Meinung, daß es zwischen Sozialismus und Kommunismus Grenzen gibt, die nicht überschritten werden können. Die künftigen Ereignisse haben seinen Schritt, den er damals nur schweren Herzens tat, gerechtfertigt, und heute vertritt auch die damalige Mehrheit (sie heißt heute Sozialistische Partei Italiens, (PSI) diese Ansicht und man anerkennt so im Nachhinein die Gründe, die damals zur Spaltung geführt haben. Einer der Freunde Saragats, der mit ihm die Sozialistische Partei verließ, war Mario Tanassi.

Tanassi und Cariglia, verschiedenen Generationen angehörend, haben an den Verhandlungen zur Wiedervereinigung großen Anteil, sie gehören beide zu den profiliertesten politischen Persönlichkeiten des Italiens von heute. Tanassis Geschicklichkeit und Konzilianz ist es zu verdanken, daß die von den beiden Parteitagen der Sozialisten und der Sozialdemokraten geforderten Vereinigungsverhandlungen so weit geüchen sind.

Tanassis Jugend fällt noch in die Zeit des Faschismus. Der heute 50-jährige stammt aus einer alten Sozialistenfamilie. Sein Vater, Anwalt in Ururi in der Provinz Campobasso, hat sich unter großen persönlichen Opfern vom Faschismus fernhalten können. Tanassi hat es seit frühester Jugend am eigenen Leibe erfahren was die Freiheit kostet und was es heißt, einer Diktatur zu trotzen. Um die Lebensbedingungen der eigenen Familie nicht noch weiter zu erschweren, arbeitete der junge Antifaschist als Angestellter erst in Rom und dann in Afrika. 1940 wurde er eingezogen und diente bei der motorisierten Truppe.

Nach der Besetzung Erythreas durch die britischen Truppen im Jahre 1943 gehörte er zu den Mitgründern der Nationalen Antifaschistischen Union, zu der damals alle antifaschistischen Parteien zählten und aus der dann die Nationalen Befreiungskomitee's hervorgingen. 1944 löste sich die Union selbst auf, um den Weg der Gründung von politischen Parteien freizumachen. Mario Tanassi wird der Auftrag anvertraut, den Bezirk Erythrea der Sozialistischen Partei aufzubauen. 1946 kehrte Tanassi ins Mutterland zurück und gehörte 1947 zu den Freunden Saragats, die damals die Sozialistische Partei verließen. Er war jahrelang Stellvertreter Saragats und wurde nach dessen Ernennung zum Außenminister zum Generalsekretär der PSDI gewählt.

Antonio Cariglia ist 42 Jahre alt und stammt aus Vieste in der Provinz Foggia. Er kam schon sehr früh in Berührung mit der Sozialistischen Partei und war jahrelang Generalsekretär der sozialdemokratisch-republikanischen Gewerkschaft UIL. 1963 wurde er in die Kammer gewählt und wurde dort - eine für einen "jungen" Abgeordneten ganz erstaunliches Ereignis - zum Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses gewählt.

Unter den jüngeren Abgeordneten sticht er durch Energie und umfassendes Wissen ab. Man sagt ihm eine große Zukunft voraus.